

Inhaltsverzeichnis

Teil I Einleitung

§ 1 Problemstellung	3
I. Ein aktueller Beispielfall	3
II. Die sich aus dem Beispielfall ergebenden Grundfragen	4
§ 2 Klärung des Untersuchungsgegenstands und der Grundbegriffe	9
I. Untersuchungsgegenstand	9
II. Erläuterung der Terminologie	10
1. Terminologie des Gesetzgebers	11
a) Strafprozessordnung	11
b) Gesetz zur Neuregelung verdeckter Ermittlungsmaßnahmen	11
2. Der Sprachgebrauch in der Literatur:	
„Heimliche Zwangsmaßnahmen“	11
3. Zwischenergebnis	13

Teil II Kurzer Überblick über die Entstehungsgeschichte der gesetzlichen Regelungen verdeckter Ermittlungsmaßnahmen

§ 3 Entwicklung bis zur Reichsgründung 1871	17
I. Antike	17
II. Mittelalterlicher Strafprozess	18
1. Phase des Akkusationsverfahrens	18
2. Phase des Inquisitionsverfahrens	19
III. Neuzeit	19
1. „Peinliches“ Strafverfahren	19
2. Staatliche geheime Ermittlungen im Absolutismus	20
3. Ansätze zur Beschränkung der Ermittlungsmacht	
im Frühkonstitutionalismus	21
4. Zusammenfassung	23

§ 4 Entwicklung von 1871 bis in die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg . . .	25
I. Kodifikation strafprozessualer Befugnisse zu verdeckten Ermittlungsmaßnahmen bis 1933	25
1. Regelung der Postbeschlagnahme in der StPO	25
2. Einfachgesetzliche Regelung des Telegraphengeheimnisses	26
3. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis in der Weimarer Reichsverfassung	26
4. Regelung der Fernmeldeverkehrsüberwachung in § 12 Fernmeldeanlagen-gesetz	26
a) Überwachung von Verbindungsdaten statt Kommunikationsinhalten	27
b) Diskussion um möglichen Missbrauch der Fernmeldeüberwachung	27
aa) Befürchtung des Missbrauchs zu politischen Zwecken	27
bb) Beschwichtigung durch Verweis auf Schranken des § 12 FAG	28
cc) Reduzierung des Missbrauchspotentials durch hohen Aufwand	28
5. Persönliche Überwachung durch Spitzeinsatz und andere Maßnahmen	29
6. Zusammenfassung	29
II. Missbrauch verdeckter Ermittlungsmaßnahmen durch Diktaturen ab 1933	30
1. Nationalsozialistische Herrschaft	30
a) Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933	30
b) Gescheiterte Gesetzentwürfe	31
c) Tatsächliche Verbreitung verdeckter Ermittlungsmaßnahmen	31
2. Verdeckte strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen in der DDR	33
a) Formale Regelung verdeckter Ermittlungen in der StPO der DDR .	33
b) Geheime Verfahrensleitung durch das MfS	33
3. Zusammenfassung	34
§ 5 Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland	37
I. Diskussion um das allgemeine Persönlichkeitsrecht und technische Überwachungsmaßnahmen bis 1968	37
II. Änderungen durch das G-10-Gesetz 1968	38
III. Weitere Änderungen bis 1992	39
1. Allgemeines Persönlichkeitsrecht im Strafprozess nach der Tonbandentscheidung des BVerfG	39
2. Anwachsen des Kataloges des § 100a StPO	40
3. Entscheidungen des BVerfG zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung	40
IV. Wesentliche Änderungen von 1992 bis 2007	41
1. Bedeutungswandel und schnelles Ende des § 12 Fernmeldeanlagen-gesetz (FAG)	41

2. Änderungen durch das OrgKG von 1992	41
a) Neue Regelung verschiedener verdeckter Ermittlungsmethoden . .	41
b) „Großer Lauschangriff“: Ergänzung des Art. 13 GG um Abs. 3 . .	42
V. Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung 2007 . .	42
VI. Zwischenergebnis	43

Teil III Verfassungsrechtliche Vorgaben

§ 6 Verhältnis zwischen Verfassungsrecht und Strafprozessrecht	47
I. Ausdrückliche Regelungen und Lücken im Grundgesetz	47
II. Offene Fragen	48
III. Streit um die Einflussnahme des Verfassungsrechts auf die Eigenständigkeit der StPO	48
1. Rechtsprechung: „Konkretisierung der Grundrechte“ und „angewandtes Verfassungsrecht“	48
2. Eigenständigkeit der StPO betonende Kritik aus der Literatur	50
3. Eigene Ansicht	51
a) Kompetenzproblem als staatsrechtliche Frage der Gewaltenteilung	52
b) Unterscheidung zwischen Rechtskritik und Verfassungs- bzw. Machtkritik	52
IV. Konsequenzen für die Regelung verdeckter strafprozessualer Ermittlungsmaßnahmen	53
1. Versäumnisse der Strafprozessrechtswissenschaft	54
2. Verfassungsgerichtsfester Gesetzgebungsspielraum	54
3. Verfassungskonforme Auslegung	55
a) Ansicht des BVerfG	56
b) Erläuterung in der Literatur: Verfassungskonforme Auslegung als Auswahlentscheidung	57
c) Streit über die verfassungskonforme Auslegung in der Literatur . .	58
aa) Kritik Bettermanns	58
bb) Gegenstimmen	58
d) Eigene differenzierte Diskussion unter Beachtung der Auslegungskompetenz	58
aa) Verfassungskonforme Auslegung durch das BVerfG als Minus zur Teilkassation	59
bb) Verfassungskonforme Auslegung durch einfache Rechtsanwender	61
aaa) Subjektive Theorie	61
bbb) Objektive Theorie	62
ccc) Eigene Ansicht	62
e) Zusammenfassung	63
4. Verfassungskonforme Reduktion	64
5. Verfassungskonforme Ersetzung	65
6. Verfassungskonforme Ergänzung und Wortlautgrenze	65

7. „Verfassungsnächste“ Auslegung durch „Ausstrahlungswirkung“ . . .	66
8. Zwischenergebnis	67
§ 7 Klärung des Eingriffsbegriffs	69
I. Funktionale Einordnung des Eingriffsbegriffs in die Grundrechtsdogmatik	69
II. Klassischer Eingriffsbegriff	72
1. Bedeutung des klassischen Eingriffsbegriffs	
für die Eingriffsbegründung	72
a) Finalität	73
b) Rechtswirkung	74
c) Unmittelbarkeit	74
d) Zwangsfunktion	74
e) Ausweitung der Definitionsmenge von Zwang	75
f) Unzutreffende Prämisse und ungünstige Folgen der Fehlbenennung	75
2. Zwischenergebnis	76
III. Moderner Eingriffsbegriff	77
1. Ersetzung des Unmittelbarkeitserfordernisses	78
a) Theorie kausaler Verursachung	78
b) Objektive Zurechnung	79
aa) H. L.	79
bb) Verfassungsrechtliche Risikoerhöhungslehre	80
cc) Eigene Ansicht	80
2. Finalität	81
a) Ansicht in der Literatur	81
b) Eigene Ansicht	81
3. Individuell konkrete Betroffenheit	83
a) Diskussion in der Literatur	83
b) Kritik und eigene Ansicht	83
4. Zwangsähnlichkeit	84
a) Ansicht in der Literatur	84
b) Eigene Ansicht	84
5. Diskussion in der Literatur um die Intensität der Grundrechtsbeeinträchtigung	85
a) Bestimmung einer Erheblichkeitsschwelle durch eine Gesamtbewertung	85
b) Verzicht auf eine Erheblichkeitsschwelle	85
c) Eigene Ansicht	86
aa) Objektives Kriterium der Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit	86
bb) Freiheitsbegriff des Grundgesetzes	87
aaa) Allgemeiner Freiheitsbegriff	87
bbb) Den unterschiedlichen Freiheiten entsprechende Unterscheidung verschiedener Eingriffsbegriffe	87

6. Grundrechtsgefährdungen	88
a) Ansicht der Literatur und der Rechtsprechung	88
b) Eigene Ansicht	89
IV. Zwischenergebnis	89
§ 8 Freiheitsgrundrechte und Menschenwürdeschutz	91
I. Die h. M. zur allgemeinen Handlungsfreiheit und zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht gemäß Art. 2 Abs. 1 GG	92
1. Die Unterscheidung zwischen allgemeinem Persönlichkeitsrecht und allgemeiner Handlungsfreiheit: „Zwei Stränge“ des Art. 2 Abs. 1 GG	92
a) Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	92
b) Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)	93
aa) Schutz der Integrität durch Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG	93
bb) Ausweitung der ursprünglich engen Definition des BVerfG	94
2. Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts als Bündelung verschiedener Konkretisierungen	95
3. Rechte auf Selbstdarstellung und Außenwahrnehmung	96
a) Rechte am eigenen Bild und Wort	97
b) Recht auf informationelle Selbstbestimmung	98
c) Das neue Computergrundrecht	99
4. Recht auf Selbstbewahrung	101
a) Abgrenzung durch die sog. „Sphärentheorie“	101
b) Recht auf Privatsphäre	102
II. Grundsätzliche Einwände gegen die Konstruktion eines allgemeinen Persönlichkeitsrechts	103
1. Zweiteilung des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG durch Einbeziehung des Art. 1 Abs. 1 GG?	104
2. Recht auf Freiheit von Beeinflussung der Willensbildung aus Art. 2 Abs. 1 GG?	107
a) Weiter Freiheitsbegriff in der Literatur	108
b) Ausführungsfreiheit	108
c) Vermittelnde eigene Ansicht	109
3. Konsequenzen aus der Notwendigkeit einer Beeinträchtigung der Handlungsfreiheit	111
III. Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	112
1. Ansatzpunkt des BVerfG: Psychische Effekte	113
2. Bedeutung der Einschüchterungswirkung in der Rspr. des BVerfG und eigene Kritik	114
a) Einschüchterungswirkung offener Maßnahmen im Versammlungsrecht	115
b) Einschüchterungswirkung bei unbestimmten Unterlassungsurteilen	115
c) Einschüchterungswirkung bei Verstößen gegen das Recht am eigenen Wort und Bild	116

d) Einschüchterung und Privatsphäre	116
e) Einschüchterung und Recht auf informationelle Selbstbestimmung	117
f) Einschüchterung bei heimlicher Beobachtung	119
g) Heimliche Online-Durchsuchung	119
h) Heimliche Datenspeicherung	120
i) Zusammenfassung	120
3. Ansichten in der Literatur zum Grundansatz der Einschüchterungswirkung	121
a) Fundamentale Kritik an einem Eingriff durch Einschüchterung	121
b) Ansätze zu einem universellen Grundrecht auf „Freiheit von Furcht“	121
4. Eigene Argumente für ein Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung als Konkretisierung der allgemeinen Handlungsfreiheit aus Art. 2 Abs. 1 GG	123
a) Psychische Betroffenheit als tatsächliche Handlungssteuerung	124
b) Irrationale Ängste vor einem „Tabu“ oder rationale Lehren aus der Geschichte?	128
c) Unzulässige Vorverlagerung durch bloße Gefährdung statt Eingriffs?	131
d) Abstrahierung, Kollektivierung und Individualisierung der Einschüchterungseffekte	132
aa) Problem der individuellen Wirkung einer konkreten heimlichen Beobachtung	134
bb) Drittbetroffene	135
e) Eingriffe durch Überwachungsattrappen als sinnwidrige Konsequenz	136
f) Schutzlücke ohne Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung	137
g) Konsequenzen des modernen Eingriffsbegriffs oder ergebnisorientierte Einführung eines Totalvorbehalts des Gesetzes?	137
5. Konkretisierungen des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG als formalisierte Begründungen für einen Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit	138
6. Zwischenergebnis	140
IV. Recht auf einen unantastbaren Kernbereich privater Lebensgestaltung gemäß Art. 1 Abs. 1 GG	140
1. Herleitung des Kernbereichsschutzes aus der Verfassung	141
a) Kernbereichsschutz nach der h. M. aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	142
b) Eigene Ansicht	142
2. Inhaltliche Definition der Menschenwürde	143
a) Ansicht des BVerfG zum Kernbereichsschutz bei überwachenden straßprozessualen Ermittlungsmaßnahmen	144
aa) Äußerungsumstände und Äußerungsinhalte als Definitionskriterien	145

bb) Persönlichkeitsprofile erfassen den Kernbereich	147
cc) Keine Kernbereichsbetroffenheit bei Bezug auf konkrete Straftaten	147
b) Ansichten in der Literatur	148
c) Eigene Ansicht	149
d) Konsequenzen	151
aa) Vertrauensbeziehungen	151
bb) Denunzianten und Spitzel im engsten Familienkreis	152
cc) Verneinung der Vernunftfähigkeit	153
dd) Heimliche Beobachtungen und Aufnahmen einer schutzlosen Person	154
ee) Die Anfertigung von Bewegungs- und Persönlichkeitsprofilen	155
3. Öffnung des Anspruchs auf Achtung der Menschenwürde für Eingriff und Abwägung?	156
a) Ansicht der h. M.	156
b) Relativierung durch Öffnung für Eingriff und Abwägung?	156
c) Eigene Ansicht	157
d) Konsequenzen	160
4. Zwischenergebnis zur Kernbereichslehre	161
V. Das Nemo-tenetur-Prinzip aus Art. 1 Abs. 1 GG	162
1. Das Nemo-tenetur-Prinzip in der Rechtsprechung des BVerfG	162
2. Das Nemo-tenetur-Prinzip in der Rechtsprechung der BGH und der Literatur	163
3. Eigene Ansicht zum Nemo-tenetur-Prinzip	164
VI. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis gemäß Art. 10 GG	166
1. Umfang des Schutzbereichs	167
a) Briefgeheimnis	167
b) Postgeheimnis	167
c) Fernmeldegeheimnis (Telekommunikationsgeheimnis)	168
aa) Grundsätzliche Beschränkung auf laufende Kommunikation	168
bb) Verkehrsdaten	169
cc) Vertrauen in die Person des Gesprächspartners	170
2. Abgrenzung des Telekommunikationsgeheimnisses gemäß Art. 10 GG zum „Computergrundrecht“ aus Art. 2 Abs. 1 GG	171
a) Ansicht des BVerfG zur „Online-Durchsuchung“ und Art. 10 GG	173
b) Eigene Ansicht	174
c) Ansicht des BVerfG zur „Quellen-TKÜ“ und Art. 10 GG	174
d) Eigene Ansicht	176
e) Ansicht des BVerfG und der h. M. zur E-Mail-Beschlagnahme	178
f) Eigene Ansicht	179
3. Eingriff durch verdeckte strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen	180
a) Eingriffsmöglichkeit in Art. 10 Abs. 2 GG vorausgesetzt	180
b) Eingriff durch private Diensteanbieter	181
c) Verstärkungswirkung des Eingriffs durch Heimlichkeit	181

4. Rechtfertigung	182
5. Zwischenergebnis	182
VII. Unverletzlichkeit der Wohnung gemäß Art. 13 GG	183
1. Schutzbereich	183
a) Schutz der Wohnung als Privatsphäre	183
b) Definition des Wohnungsbegriffs	184
aa) Weite Ansicht der h. M.	184
bb) Wortlautgetreue, enge Gegenansicht	185
cc) Vermittelnde Ansichten	185
dd) Eigene Ansicht	186
2. Abgrenzung zu anderen Fallgestaltungen und Grundrechten	188
a) Abgrenzung zu Art. 10 GG	188
b) Abgrenzung zum Computergrundrecht Art. 2 Abs. 1 GG	188
c) Ansicht des BVerfG	189
d) Debatte in der Literatur	190
e) Eigene Ansicht	190
3. Eingriff durch verdeckte strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen	192
a) Überwachung der Wohnung durch körperliches Eindringen in die Wohnung	192
b) Überwachung des Inneren der Wohnung von außen	192
4. Rechtfertigung, Schranken des Eingriffs durch verdeckte Maßnahmen nach Art. 13 Abs. 3 und 5 GG	193
a) Erfordernis einer schweren Straftat	195
b) Subsidiarität der Maßnahme	195
5. Zwischenergebnis	196
VIII. Grundrecht auf rechtliches Gehör gemäß Art. 19 Abs. 4 GG	196
1. Verdeckte Maßnahmen und Art. 19 Abs. 4 GG	196
2. Verhältnis des Art. 19 Abs. 4 GG zum Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung	197
IX. Freiheitsgrundrechte aus Art. 4 ff. GG	198
X. Weitere Grundrechte?	199
1. Allgemeines Grundrecht auf ein faires Verfahren?	199
a) BVerfG: Grundrecht aus Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 20 Abs. 3 GG	199
b) Ansicht der h. L.	200
c) Eigene Ansicht	201
2. Keine Anwendung des Art. 6 EMRK auf die verdeckten Ermittlungsmaßnahmen	201
3. In Betracht kommende Konkretisierungen des Rechts auf ein faires Verfahren	202
a) Beweisverwertungsverbote	203
b) Waffengleichheit	203
aa) Relativierung im Ermittlungsverfahren	203
bb) Eigene Ansicht gegen die Geltung des Prinzips bei verdeckten Maßnahmen	203

cc) Unpassende sprachliche Bilder	204
c) Eigenständiger Verfahrensgrundsatz für verdeckte Ermittlungsmaßnahmen	204
d) Fehlende Abstimmung der Prozessprinzipien auf die verdeckten Ermittlungsmaßnahmen	205
4. Zwischenergebnis	206
§ 9 Vorbehalt des Gesetzes	207
I. Bestimmtheitsgrundsatz	209
1. Dogmatische Herleitung des Grundsatzes	209
2. Ansicht des BVerfG zu den inhaltlichen Anforderungen an die Normenbestimmtheit	210
a) Kriterien der Bestimmtheit nach der „Wesentlichkeitstheorie“ des BVerfG	210
aa) Parallele zu Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG	210
bb) Einzelfallgerechtigkeit und Flexibilität der Rechtsprechung . .	212
b) BVerfG: Strenge Anforderungen an die Bestimmtheit wegen Bezug zu den Grundrechten und zur Rechtssicherheit der Bürger .	212
3. Abschwächung durch Vergleich zu Art. 103 Abs. 2 GG	213
4. Proportionalität der Bestimmtheitsanforderungen zur Eingriffsintensität	213
5. Abschwächung der strengen Anforderungen durch Verweis auf Auslegungskriterien	214
6. Anpassung an Sachzwänge	214
7. Ansichten in der Literatur	215
a) Zustimmung zur Rechtsprechung	215
b) Kritik in der Literatur an der „Unbestimmtheit des Bestimmtheitsgebots“	215
8. Eigene Ansicht	216
a) Zu (1.) Unterschied zwischen Art. 103 Abs. 2 GG und dem prozessualen Bestimmtheitsgebot	216
b) Zu (2.) graduelles Absinken der Bestimmtheitsanforderungen proportional zur Eingriffsintensität	217
c) Zu (3.) Abschwächung der Anforderungen durch „herkömmliche juristische Methoden“	218
d) Zu (4.) Anpassung an komplexe Regelungsmaterie	220
9. Zwischenergebnis	222
II. Verhältnismäßigkeit	222
1. Verfassungsrechtliche Herleitung	223
2. Bedeutung für den Vorbehalt des Gesetzes	223
3. Geeignetheit zur Erreichung eines legitimen Zwecks	224
4. Erforderlichkeit	225
a) Abstrakte Rangfolge der Grundrechte?	225
b) Fehlende „Wägbarkeit“	227

c) Objektive Kriterien	227
aa) Dauer der Maßnahme	228
bb) Speichern der Informationen, mittelbar oder unmittelbar	228
cc) Ergiebigkeit der Überwachungsmittel	228
dd) Schwierigkeit, natürliche Hindernisse zu überwinden	229
ee) Inhaltliche Betroffenheit der Privatsphäre	230
ff) Zusammenfassung der Kriterien	231
gg) Vergleich zwischen beobachtenden und körperlich wirkenden Eingriffen	231
hh) Zusammenfassung	232
5. Angemessenheit	233
a) Ansicht des BVerfG	233
b) Kritik in der Literatur	234
c) Eigene Ansicht	234
aa) Argumente gegen den Angemessenheitsgrundsatz	234
bb) Abwägung der Grundrechte des Betroffenen gegen eine Schutzpflicht aus den Grundrechten	235
cc) Differenzierte Betrachtung des Angemessenheitsgrundsatzes	236
6. Zwischenergebnis	238
§ 10 Bedingter Anspruch auf Offenheit strafprozessualer Überwachung	239
I. Ansatz des BVerfG: Verstärkungswirkung der Heimlichkeit	239
II. Ansätze in der Literatur	240
III. Eigene Schlussfolgerung aus dem Recht auf Freiheit von Einschüchterung	241
 Teil IV Die allgemeinen Voraussetzungen der strafprozessualen verdeckten Ermittlungsmaßnahmen	
§ 11 Übersichten	245
I. Die grundlegenden Strukturelemente der einzelnen Eingriffstatbestände	245
II. Tabellarische Übersicht zu den einzelnen Maßnahmen	246
 § 12 „Bestimmte Tatsachen“, die den Verdacht einer Straftat „begründen“	251
I. Ansichten in der Literatur	252
1. Ergänzung der Entwurfsbegründung durch die Kommentarliteratur	252
2. Kritik in der Literatur	252
3. Eigene Kritik	253
II. Eigene Kritik an der Literatur	253
III. Entwicklung einer eigenen Ansicht	254
1. Wortlautauslegung	254
2. Hinweise aus der Gesetzesbegründung	255

3. Systematische Vergleiche innerhalb der StPO	256
a) Vergleich mit § 112 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 StPO	256
b) Vergleich zu den in der StPO geregelten „Verdachtsarten“	257
aa) Vergleich: „dringender Tatverdacht“ und „bestimmte Tatsachen, die den Verdacht ergeben“	258
bb) Vergleich zur Regelung des Anfangsverdachts nach §§ 152 Abs. 2, 160 Abs. 1 StPO	258
cc) Vergleich mit § 98a StPO: Personalisierung des Tatverdachts durch das Bezugswort „jemand“	259
c) „Begründung“ des Tatverdachts durch Tatsachen mit einem bestimmten „Informationswert“	260
4. Verfassungskonforme Auslegung	261
a) Verfassungsrechtliche Vorgaben aus der Rechtsprechung des BVerfG	262
b) Zusammenfassung	263
c) Verfassungsmäßigkeit der verbleibenden Auslegungsmöglichkeit	263
5. Formales Begründungserfordernis	264
6. Konsequenz für Initiativermittlungen	265
a) Fehlender Verdacht	265
b) Inhaltliche Unbestimmtheit	265
7. Konsequenz für den Beurteilungsspielraum des Anordnenden	266
§ 13 Anlasstaten	267
I. Anlasstatenkataloge	267
II. Schwerwiegende Tat auch im Einzelfall	268
1. Wortlautauslegung	268
2. Subjektiv-historische Auslegung	269
a) Rechtsprechung – BVerfGE 107, 299, 322	270
aa) Verweisung des BVerfG auf VerfGBB StV 2002, S. 57, 58: Strenge Einzelfallprüfung mit Begründungspflicht	270
bb) Verweis des BVerfG auf Ansicht in der Literatur: Vergleich mit § 98a StPO	272
b) Weitere Ansichten in der Literatur	272
c) Eigener Ansatz	272
aa) Schwere Straftaten, die nicht schwerwiegend sind	272
bb) Minder schwerer Fall nicht notwendig „nicht schwerwiegend“	273
3. Systematische Auslegung	274
a) Art. 13 Abs. 3 GG	274
b) Bezug zu den Anlasstatenkatalogen: In der Regel eine „schwere“ Tat	274
4. Keine verfassungskonforme Auslegung	275
III. Zwischenergebnis	276
IV. Straftat von erheblicher Bedeutung	276
1. Wortlautauslegung	276

2. Subjektiv-historische Auslegung	276
a) Gesetzentwurfsbegründungen	276
b) Definitionsversuche durch BVerfG und h. M.	277
c) Eigene Ansicht	278
V. Zwischenergebnis	279
§ 14 Subsidiaritätsklauseln	281
I. Subsidiaritätsklauseln der StPO im tabellarischen Vergleich	282
II. Wortlautauslegung sich widersprechender Subsidiaritätsklauseln	282
1. Aufhebungslösung	284
2. Erhaltungsorientierte Auslegung der Subsidiaritätsklauseln	284
III. Systematische und subjektiv-historische Auslegung	285
1. Parallele Regelungen der Erforderlichkeit im StGB	285
2. Verfassungskonforme und historische Auslegung	286
a) Differenzierung nach Belastungsintensität	287
b) Belastungsunterschiede zwischen der Art der verdeckten und offenen Maßnahmen	287
c) Belastungsunterschiede in konkreten Fällen	288
3. Bestimmtheitsanforderungen und derzeitige Regelungslage	289
IV. Zwischenergebnis	290
1. Das Fehlen geschriebener Subsidiaritätsklauseln führt zu Verfassungswidrigkeit	290
2. Auslegung geschriebener Subsidiaritätsklauseln	290
3. Vorschlag für eine allgemeine Subsidiaritätsklausel de lege ferenda	290
§ 15 Kernbereichsschutz	293
I. Schutzauftrag des Staates gegen sich selbst aus Art. 1 Abs. 1 GG	294
a) Irrelevanz von Zufall und planbarem Restrisiko	294
b) Risikoverringerung durch „Kernbereichsschutz“	295
1. Kein absolutes Verbot finaler Beobachtung des Kernbereichs	295
2. Allgemeine Anforderungen an den Schutz des Kernbereichs	296
II. Formale und inhaltliche Kriterien des Kernbereichsschutzes	297
III. Zeitlich zweistufiges Schutzkonzept des BVerfG	297
IV. Fragmentarische Regelung des Kernbereichsschutzes in der StPO	298
1. Erste Schutzstufe	298
a) Maßnahmegebundene Schutzklauseln	298
b) § 160a StPO	298
aa) § 160a Abs. 1 StPO	298
bb) § 160a Abs. 2 StPO	299
c) Anordnung- und Genehmigungsfristen	300
2. Zweite Schutzstufe	300
a) Maßnahmegebundene Löschungspflichten	300
b) Allgemeine und spezielle Löschungspflichten	302
c) Kernbereichsschutz durch Beweisverwertungsverbot	302

3. Verfassungsrechtliche Notwendigkeit eines allgemeinen gesetzlichen Kernbereichsschutzkonzepts in der StPO	303
a) Ansicht des BVerfG	303
b) Eigene Ansicht	303
4. Notwendigkeit einer dritten Stufe: Missbrauchsschutz?	304
V. Zwischenergebnis	305
§ 16 Anordnungs Kompetenzen	307
I. Aufgabe des Gerichts bei der Anordnung	308
II. Zweckmäßigkeitsprüfung durch das Gericht	309
III. Eigene Ansicht	310
§ 17 Rechtsschutz	311
I. Rechtsweg und Einordnung der Maßnahmen	311
II. Verschiedene Rechtsschutzmöglichkeiten?	312
1. § 101 Abs. 7 S. 2 StPO	312
2. Anwendung des § 98 Abs. 2 StPO analog	314
a) H. M. nach der Einführung des § 101 Abs. 7 StPO	314
b) Eigene Ansicht	315
3. § 304 StPO	316
III. Unterschiede zwischen richterlichen und behördlichen Anordnungen	316
IV. Zwischenergebnis	316
§ 18 Berichts- und Löschungspflichten	319
I. Statistische Berichtspflicht	319
II. Individuelle Benachrichtigungspflichten	319
1. Vorgabe aus dem Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung	319
2. Ansprüche aus § 29 VwVfG und § 147 StPO	320
III. Löschungspflichten	321
1. Spezielle Löschungspflichten	321
2. Allgemeine Löschungspflichten	322
§ 19 Sog. Annexbefugnisse	323
I. Entscheidungen der Rechtsprechung	323
II. Kritik in der Literatur	324
III. Eigene Ansicht	324
IV. Zwischenergebnis	325
§ 20 Allgemeine ungeschriebene Verhältnismäßigkeitsklausel	327
I. Einfaches Gewohnheitsrecht	328
II. Ansicht der h. M.: Unmittelbare Geltung der Verhältnismäßigkeitsklausel wegen verfassungsrechtlicher Verankerung	328
III. Eigene Ansicht	330
1. Indirekter Nachweis einer Verhältnismäßigkeitsklausel durch § 160a Abs. 2 StPO?	331
2. Parlamentsvorbehalt und § 160a Abs. 2 StPO	332

3. Analogie zum Polizeirecht?	332
4. Gegenschluss zu den vorhandenen Regelungen	333
5. Zwischenergebnis	335

Teil V Besondere Voraussetzungen

§ 21 Postbeschlagnahme gemäß §§ 97, 99, 100 StPO	339
I. Anwendungsbereich	340
1. Heimliche Überwachung des Post- und Briefverkehrs	340
2. E-Mail-Beschlagnahme auf dem Server des Providers gespeicherter Nachrichten?	340
II. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	341
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	341
2. Kernbereichsschutzkonzept?	341
a) Regelung des § 97 StPO	342
b) Regelung des § 160a StPO	342
3. Zwischenergebnis	343
III. Eingriff in das Brief- und Postgeheimnis aus Art. 10 Abs. 1 GG	343
IV. Rechtfertigung der Eingriffe in das Post- und Briefgeheimnis aus Art. 10 Abs. 1 GG gemäß Art. 10 Abs. 2 S. 1 GG	344
1. Bestimmtheit der Regelung	344
2. Verhältnismäßigkeit der Regelung	344
a) Geeignetheit	344
b) Erforderlichkeit	345
c) Angemessenheit	345
d) Kompensation durch formale Schutzvorkehrungen?	345
e) Kompensation durch den allgemeinen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz?	346
V. Zwischenergebnis	346
§ 22 Datenabgleich, „Rasterfahndung“ gemäß § 98a StPO	347
I. Verletzung des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung, Art. 1 Abs. 1 GG	347
II. Grundrechtseingriff in das Recht auf Freiheit von Einschüchterung, Art. 2 Abs. 1 GG?	348
1. „Treffer“	348
2. „Fehler“	349
3. Zusammenfassung	349
III. Rechtfertigung	350
1. Bestimmtheit	350
2. Verhältnismäßigkeit	351
a) Geeignetheit	351
b) Erforderlichkeit	351

c) Angemessenheit	351
IV. Zwischenergebnis	352
§ 23 Telekommunikationsüberwachung gemäß §§ 100a, 100b StPO	353
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	354
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	354
2. Kernbereichsschutzklausel nach § 100a Abs. 4 StPO	354
II. Eingriff der TKÜ über den Diensteanbieter in den Schutzbereich des Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Art. 10 Abs. 1 GG	356
1. Bestimmtheit	356
a) Anlasstaten katalog	356
b) Tatschwere im Einzelfall	357
2. Erforderlichkeit	357
3. Angemessenheit	358
III. Zwischenergebnis	358
IV. Sonderfall der „Quellen-TKÜ“	358
1. Technische Ausgangsproblematik	358
a) Verschlüsselungstechnologien und VoIP-Telefonie	359
b) Nutzung der Peripheriegeräte mittels Staatstrojaner	360
c) Überwachung durch Messung der Abstrahlung	361
2. Wortlautauslegung des § 100a StPO	361
3. Verfassungsrechtliche Ausgangslage durch die Entscheidung des BVerfG zur Online-Durchsuchung	362
4. Ansichten in instanzgerichtlicher Rechtsprechung und in der Literatur zur „Quellen-TKÜ“	363
a) H. M. für eine Quellen-TKÜ als Unterfall der Telekommunikationsüberwachung nach § 100a StPO	363
b) Abweichende Ansicht für Unzulässigkeit der Quellen-TKÜ	364
5. Kritik an der h. M. und Entwicklung einer eigenen Ansicht	365
a) Uferlose Ausweitung?	365
b) Verfassungswidrige Überwachung von „Anscheinstelefonaten“ legitimiert?	366
c) Keine Begrenzung auf die Kommunikationseingabe	367
d) Installation von Trojanern und technischen Geräten für die „Quellen-TKÜ“ gestattet?	367
aa) Installation der Überwachungstechnik untypisch für die Telekommunikationsüberwachung	368
bb) Verfassungskonforme Auslegung hinsichtlich der Installationsbefugnis	368
cc) Kombination von § 100a mit § 100h zur Quellen TKÜ	370
e) Systematische Auslegung	370
f) Subjektiv-historische Auslegung	370
g) Verfassungskonforme Auslegung	371
6. Zwischenergebnis	372

V. Sonderfall der E-Mail-„Beschlagnahme“	372
a) Ansichten für eine Subsumtion unter § 100a StPO	372
b) Ansichten gegen eine Subsumtion unter § 100a StPO	373
c) Eigene Ansicht	373
1. Zwischenergebnis	374
§ 24 Akustische Wohnraumüberwachung, so genannter „großer Lauschangriff“ gemäß §§ 100c, 100d StPO	375
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	375
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	376
2. Kernbereichsschutzkonzept?	376
II. Eingriff in das Recht aus Art. 13 Abs. 1 GG	377
III. Rechtfertigung des Eingriffs	377
1. Abgrenzung des Regelungsbereichs: Besondere Auslegungsprobleme	377
a) Abhören von außen	377
b) Computer in der Wohnung und Raumgeräusche bei der TKÜ	378
c) Annexkompetenz bei „Installationseingriffen“	378
2. Bestimmtheit	378
3. Verhältnismäßigkeit	379
IV. Zwischenergebnis	379
§ 25 Akustische Überwachung außerhalb von Wohnungen gemäß § 100f StPO	381
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	381
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	381
2. Kernbereichsschutzkonzept?	382
II. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	383
1. Eingriff durch Belauschen von Gesprächen	383
2. Eingriff in das Computergrundrecht durch § 100f StPO	383
III. Rechtfertigung des Eingriffs	383
1. Bestimmtheit	383
2. Verhältnismäßigkeit	384
IV. Zwischenergebnis	384
§ 26 Verkehrsdatenerhebung gemäß § 100g StPO	385
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	386
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung?	386
2. Kernbereichsschutzkonzept?	386
II. Eingriff in das Fernmeldegeheimnis	386
1. Verkehrsdaten gehören zur Telekommunikation	386
2. Teilnichtigkeitserklärung durch das BVerfG	387

III. Verfassungswidrigkeit aus im Urteil des BVerfG nicht genannten Gründen	387
1. Unbestimmtheit der Anlasstaten	387
2. Verfassungswidrigkeit wegen Komplexität der Verweisungskette bezüglich der Vorratsdatenspeicherung	388
3. Zusammenfassung	390
IV. Pflicht zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung	390
1. Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung	390
a) Urteil des BVerfG zur Vorratsdatenspeicherung und § 100g StPO	391
b) Verlorene Klage Irlands gegen die Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie	392
2. Lösungsvorschlag für die Vorratsdatenspeicherung und die Datenabfrage	393
V. Zwischenergebnis	394
§ 27 Einsatz technischer Observationsmittel gemäß § 100h StPO	395
I. Bildaufnahmen nach § 100h Abs. 1 Nr. 1 StPO	395
1. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	395
a) Möglichkeit der Beobachtung kernbereichsrelevanten Verhaltens	395
b) Kernbereichsschutzkonzept?	396
aa) Schutz durch Vermeidung	396
bb) Löschungspflicht und Verwertungsverbot	397
2. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	398
3. Rechtfertigung des Eingriffs	398
a) Bestimmtheit	398
b) Verhältnismäßigkeit	399
aa) Geeignetheit	399
bb) Erforderlichkeit	399
cc) Angemessenheit	399
II. Einsatz sonstiger technischer Mittel nach § 100h Abs. 1 Nr. 2 StPO	400
1. Trojaner-Installation im Anwendungsbereich?	400
a) Ablehnende Ansicht der h. M.	400
b) Eigene Ansicht	401
2. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	401
a) Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	401
b) Kernbereichsschutzkonzept?	402
3. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	402
4. Rechtfertigung des Eingriffs	403
a) Bestimmtheit	404
aa) Bestimmtheit der Anlasstat	404
bb) Bestimmtheit des Überwachungsmittels	404
aaa) Ansicht des BVerfG	404

bbb) Eigene Ansicht	405
b) Verhältnismäßigkeit der Regelung des § 100h Abs. 1 Nr. 2 StPO	406
aa) Für Observationszwecke bestimmte technische Mittel	406
bb) Installation von Geräten zur Quellen-TKÜ und „Online-Durchsuchung“ mit „Staatstrojanern“ im Rahmen des § 100h StPO	407
cc) Geeignetheit	407
dd) Erforderlichkeit	407
ee) Angemessenheit	407
III. Zwischenergebnis	408
§ 28 IMSI-Catcher gemäß § 100i StPO	409
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	410
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	410
2. Kernbereichsschutz	410
II. Eingriff in das Fernmeldegeheimnis aus Art. 10 Abs. 1 GG	410
III. Rechtfertigung des Eingriffs	410
1. Bestimmtheit	410
2. Verhältnismäßigkeit	411
a) Geeignetheit	411
b) Erforderlichkeit	411
c) Angemessenheit	411
aa) Ansicht des BVerfG	411
bb) Eigene Ansicht	412
IV. Zwischenergebnis	412
§ 29 Sog. Kleine-Online-Durchsuchung gemäß § 110 Abs. 3 StPO	413
I. Grundsätzlich offene Ermittlungsmaßnahme	413
II. Verdeckte Durchsuchung verbundener Speichermedien	413
1. Gesetzesbegründung	414
2. Rechtsprechung zur E-Mail-Beschlagnahme	415
3. Ansichten in der Literatur	416
a) Dem BVerfG zustimmende Ansichten	416
b) Kritische Ansicht: Heimliche Online-Durchsuchung „light“	416
4. Eigene Ansicht	416
a) Nochmals: E-Mail-Beschlagnahme?	416
b) Durchsuchung anderer verbundener Speichermedien	417
III. Missachtung der Menschenwürde gemäß Art. 1 Abs. 1 GG	418
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	418
2. Kernbereichsschutzkonzept?	418
IV. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	418

V. Rechtfertigung des Eingriffs	419
1. Bestimmtheit	419
2. Verhältnismäßigkeit	419
a) Geeignetheit	419
b) Erforderlichkeit	419
c) Angemessenheit	419
VI. Zwischenergebnis	420
§ 30 Verdeckter Ermittler gemäß §§ 110a-110c StPO	421
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	421
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	421
2. Kernbereichsschutzkonzept?	422
3. Zulässigkeit der Verletzung des Nemo-Tenetur-Prinzips aus Art. 1 Abs. 1 GG?	422
II. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	422
1. Polizeibeamte als Verdeckte Ermittler	422
2. Subsumtion von V-Personen unter § 110a StPO als Minus-Maßnahme?	423
3. Virtueller „Verdeckter Ermittler“	423
III. Rechtfertigung des Eingriffs	424
1. Bestimmtheit	424
2. Verhältnismäßigkeit	425
a) Geeignetheit	425
b) Erforderlichkeit	426
c) Angemessenheit	427
IV. Zwischenergebnis	427
§ 31 Datenspeicherung bei polizeilichen Kontrollen gemäß § 163d StPO	429
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	430
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	430
2. Kernbereichsschutzkonzept?	430
II. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	430
III. Rechtfertigung des Eingriffs	430
1. Bestimmtheit	431
2. Verhältnismäßigkeit	431
a) Geeignetheit	432
b) Erforderlichkeit	432
c) Angemessenheit	432
IV. Zwischenergebnis	432

§ 32 Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung gemäß § 163e StPO . .	433
I. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	434
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	434
2. Kernbereichsschutzkonzept?	434
II. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	434
III. Rechtfertigung	435
1. Bestimmtheit	435
2. Verhältnismäßigkeit	435
a) Geeignetheit	435
b) Erforderlichkeit	435
c) Angemessenheit	436
aa) Ansicht in der Literatur	436
bb) Eigene Ansicht	436
IV. Zwischenergebnis	436
§ 33 Längerfristige Observation gemäß § 163f StPO	437
I. Verhältnis zwischen § 100h und § 163f Abs. 3 StPO	437
II. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	438
1. Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	438
2. Kernbereichsschutzkonzept?	439
III. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	439
IV. Rechtfertigung	440
1. Bestimmtheit	440
2. Verhältnismäßigkeit	441
a) Geeignetheit	441
b) Erforderlichkeit	441
c) Angemessenheit	441
V. Zwischenergebnis	441
§ 34 Generalklausel für unspezifische verdeckte Ermittlungsmaßnahmen gemäß § 161 Abs. 1 S. 1 i. V. m. § 163 S. 2 StPO	443
I. Generalklausel als Eingriffsbefugnis oder als Aufgabenzuweisung? . . .	443
II. Beschattung ohne technische Mittel	444
1. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	444
a) Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	444
b) Kernbereichsschutzkonzept?	444
2. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	444
III. V-Person und „Hörfallen“	445
1. Missachtung der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG	446

a) Möglichkeit eines Einblicks in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung	446
b) Kernbereichsschutzkonzept?	447
2. Verletzung des Nemo-tenetur-Prinzips aus Art. 1 Abs. 1 GG	447
a) Ansicht der Rechtsprechung	447
b) Ansichten in der Literatur	448
c) Eigene Ansicht	448
3. Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG	449
IV. Rechtfertigung der Eingriffe	452
1. Bestimmtheit	452
2. Verhältnismäßigkeit	452
a) Geeignetheit	453
b) Erforderlichkeit	453
aa) Ansicht der h. M.	453
bb) Eigene Ansicht	453
V. Zwischenergebnis	453
§ 35 Die Zulässigkeit der Kombination unterschiedlicher Maßnahmen . .	455
I. Maßnahmen in Wohnungen	456
II. Maßnahmen außerhalb von Wohnungen	457
1. Ansicht des BVerfG	457
2. Eigene Ansicht	458
a) Erstellung von Persönlichkeitsprofilen durch langfristige Kombination von Maßnahmen als „Rundumüberwachung“	458
b) Kurzfristige Kombination der Maßnahmen als punktuelle „Totalüberwachung“	459
III. Kombination der Maßnahmen als ungerechtfertigter Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung aus Art. 2 Abs. 1 GG sowie in das Grundrecht aus Art. 19 Abs. 4 GG?	461
IV. Zwischenergebnis	461
 Teil VI Erforderlichkeit einer Neuordnung der verdeckten strafprozessualen Ermittlungsmaßnahmen	
§ 36 Vorschläge für gesetzliche Neuregelungen	465
I. Orientierung am Grundmodell	465
II. Regelung der Anlasstaten	465
III. Bestimmung der Tatschwere	466
IV. Regelung der Erforderlichkeit	467
V. Allgemeine Regelung des Kernbereichsschutzes	468
VI. Allgemeine Subsidiaritätsklausel	468
VII. Allgemeine Regelungen für verdeckte Ermittlungsmaßnahmen	469
VIII. Neuregelung für den Einsatz Verdeckter Ermittler und V-Personen	469

IX. Allgemeine Regelung der Quellen-TKÜ	470
X. Regelung der „Online-Durchsuchung“	470
XI. Hinweis für die Vorratsdatenspeicherung	472

Teil VII Ergebnisse

§ 37 Zusammenfassung der Ergebnisse	475
I. Regelungsbereich und Begriff	475
II. Kurzer Überblick über die Entstehungsgeschichte	475
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben	476
1. Verhältnis des Verfassungsrechts zum Strafprozessrecht	476
2. Klärung des Eingriffsbegriffs	476
3. Freiheitsgrundrechte und Menschenwürdeschutz	477
a) Ablehnung eines allgemeinen Persönlichkeitsrechts aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	477
b) Neues Grundrecht auf Freiheit von Einschüchterung als Unterkategorie des Grundrechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit aus Art. 2 Abs. 1 GG	477
c) Kernbereichslehre und Menschenwürdeschutz nach Art. 1 Abs. 1 GG	478
4. Enger Schutzbereich des Art. 10 GG	479
5. Auslegung der Schranken des Art. 13 Abs. 3 GG	479
6. Grundrecht auf ein faires Verfahren	480
7. Grundrechtseingriffe und Gesetzesvorbehalt	480
a) Bestimmtheit	480
b) Verhältnismäßigkeit	481
8. Bedingter Anspruch auf Offenheit als Folge der verfassungsrechtlichen Vorgaben	481
IV. Die grundlegenden Strukturelemente der einzelnen Eingriffstatbestände	482
V. Tatverdacht	482
VI. Anlasstaten	483
VII. Subsidiarität	483
1. Das Fehlen geschriebener Subsidiaritätsklauseln führt zu Verfassungswidrigkeit	483
2. Verfassungskonforme Auslegung der geschriebenen Subsidiaritätsklauseln	484
VIII. Kernbereichsschutz	484
IX. Anordnungskompetenz	484
1. Beschränkung auf Rechtsprüfung	485
2. Inhaltliche Prüfungspflicht	485
X. Rechtsschutz	485
XI. Benachrichtigungs- und Löschungspflichten	485
XII. Annexbefugnisse	486

XIII. Ablehnung der Geltung eines ungeschriebenen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Strafverfahren	486
XIV. Zulässigkeit der Verbindung unterschiedlicher Maßnahmen	486
XV. Vorschläge für gesetzliche Neuregelungen	487
§ 38 Tabellarische Übersicht der Auswirkungen auf die einzelnen Regelungen	489
Literaturverzeichnis	493
Sachverzeichnis	517

Verdeckte strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen

Bode, Th.A.

2012, XXXI, 522 S., Softcover

ISBN: 978-3-642-32660-8